

# vorwärtsEXTRA



## FAG: NACHVOLLZIEHBAR UND GERECHT

Ende September hat die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) beschlossen. Innenminister Andreas Breitner erläutert die Ziele.

**VORWÄRTS: Warum ist die Reform nötig?**

ANDREAS BREITNER: Seit den siebziger Jahren hat es keine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs mehr gegeben. Die kommunale Welt hat sich inzwischen teils erheblich gewandelt, insbesondere in den beiden letzten Jahrzehnten. Ich nenne nur den demographischen Wandel und die Wiedervereinigung. Wie überfällig eine Reform ist, sieht man daran, dass einige Kommunen immer noch eine Zulage wegen ihrer so genannten Zonenrandlage erhalten. Niemand in der kommunalen Familie bestreitet daher die Notwendigkeit einer Reform.

**Was ist im alten System ungerecht?**

Der bisherige Finanzausgleich ist im Kern nicht ungerecht. Er ist jedoch inzwischen ungeeignet, den Auftrag der Landesverfassung zu erfüllen. Dieser lautet: Das Land muss dafür sorgen, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben auszugleichen. Ein Finanzausgleich, der das nicht leistet, führt in der Wirkung allerdings zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten, obwohl der die eigentlich vermeiden will.

**Nach welchen Kriterien sollen die Mittel künftig verteilt werden?**

Der Grundsatz lautet: Wo die Aufgabe wahrgenommen wird, dahin geht auch das Geld! Denn dort fallen die Ausgaben an, die



Andreas Breitner. Ein Innenminister mit kommunalpolitischer Erfahrung.

durch die Wahrnehmung einer Aufgabe entstehen. Die Neuordnung führt zu einer sachgerechten Finanzausstattung der Kommunen. Wir führen den kommunalen Finanzausgleich auf seinen ursprünglichen Wortsinn zurück. Wir gleichen aus, indem die Starken den Schwächeren

helfen. Das ist gelebte kommunale Familiensolidarität!

**Welche Aufgaben sollen künftig besser honoriert werden?**

Die Schlüsselzuweisungen bemessen sich an den tatsächlichen Zuschussbedarfen der kommunalen Aufgaben, bereinigt um die eigenen Einnahmen der Kommunen.

Bei Kreisen und kreisfreien Städten werden die Sozialaufgaben zum wesentlichen Ausgleichskriterium. Bei den kreisangehörigen Gemeinden werden Benachteiligungen durch die Sozialstruktur aufgehoben.

Das heißt: Finanzstarke Kommunen mit guter Sozialstruktur bekommen künftig weniger aus dem Finanzausgleich. Leistungen zentraler Orte für ihr Umland werden stärker honoriert, wo das bislang ausblieb. Der Finanzausgleich bildet künftig die tatsächliche Mehrleistung der Oberzentren, Mittelzentren, Unterzentren oder ländlichen Zentralorte ab.

**Warum werden die Kreise weniger Geld erhalten?**

Das liegt an der grundsätzlichen Systematik des neuen Finanzausgleichs, die ich vorhin beschrieben habe. Daraus ergibt sich, dass die meisten Kreise niedrigere Schlüsselzuweisungen erhalten werden. Sie werden jedoch finanziell entlastet, weil der Bund alle Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt. Für die Kreise wird die Reform deshalb nahezu ein Nullsummenspiel mit Tendenz ins Plus.

**Welche Gründe kann es haben, wenn eine Gemeinde künftig weniger Mittel bekommt?**

90 Prozent der 1.110 Gemeinden werden mehr aus dem kommunalen Finanzausgleich bekommen. Wir stärken Stadt und Land. Die wenigen Ausnahmen sind zum Beispiel steuerstarke Gemeinden, die bislang weniger als andere zu Solidarität zwischen den Kommunen beigetragen haben. ■

### FAHRPLAN FÜR DAS FAG

Zu einem intensiven Dialog über den kommunalen Finanzausgleich hat Innenminister Andreas Breitner die Kommunen aufgerufen. Es gebe genug Zeit für ausführliche Beratungen. Im Februar nächsten Jahres soll sich der Landtag zum ersten Mal mit dem Gesetzentwurf befassen. Im Sommer 2014 könnte das Parlament die Reform des kommunalen Finanzausgleichs verabschieden. Bis zum Inkrafttreten am 1. Januar 2015 hätten die Kommunen genug Zeit, ihre Finanzplanung auf die neuen Regeln einzustellen. ■

## KOMMUNALPOLITIK LOBT INNENMINISTER

Andres Koeppen bleibt Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Die Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) hat am 27. September ihren Landesvorsitzenden Andreas Koeppen mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Der Bürgermeister der Stadt Itzehoe übt diese Funktion seit einem Jahr aus. Seine Stellvertreterinnen sind Dörte Köhne-Seiffert und Beate Raudies.

In seinem Rechenschaftsbericht freute sich Andreas Koeppen über 50 neue Mitglieder nach der Kommunalwahl im Mai. Für die Zukunft wurde die Neuauflage der Seminarreihe „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ angekündigt, deren Start noch in diesem Jahr mit dem Themenschwerpunkt „Kommunalverfassung“ erfolgen soll.

Zum Thema „Kommunaler Finanzausgleich“

referierte Innenminister Andreas Breitner. In der anschließenden Diskussion wurden sein Mut und seine Zielstrebigkeit gelobt, dieses überfällige Reformprojekt anzugehen. Positiv wurde

die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens hervorgehoben. Jedoch wurden auch die unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedenen Mitglieder der kommunalen Familie deutlich. ■



SGK-Landesvorsitzender Andreas Koeppen und seine Stellvertreterinnen Beat Raudies (links) und Dörte Köhne-Seiffert.

## DER NORDEN MIT NEUER STÄRKE IM NEUEN BUNDESTAG

Die Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion ist von sechs auf neun Köpfe gewachsen. In den kommenden Wochen wird über die Aufgabenverteilung entschieden.

**M**it Matthias Ilgen, Birgit Malecha-Nissen und Nina Scheer werden drei neue Gesichter die SPD-Schleswig-Holstein im Bundestag vertreten. Ihre erfahrenen Parlamentskolleginnen und -kollegen Hans-Peter Bartels, Bettina Hagedorn, Gabriele Hiller-Ohm, Sönke Rix, Ernst Dieter Rossmann und Franz Thönnies hießen die Verstärkung bei einem ersten Treffen der Landesgruppe am 25. September in Berlin herzlich willkommen.

Bis die Arbeit richtig anlaufen kann, wird es noch etwas dauern. Noch haben die Neuen keine eigenen Büros in Berlin. Das provisorische Leben wird erst ein Ende haben, wenn die Räume der ausgeschiedenen Abgeordneten frei werden.

Für die Ausschussarbeit haben die alten und neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Wünsche angemeldet. Ob sie realisiert werden können, wird sich aber erst nach der Regierungsbildung zeigen, wenn



Alle Neune für Schleswig-Holstein: (von links) Sönke Rix, Hans-Peter Bartels, Nina Scheer, Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm, Matthias Ilgen, Birgit Malecha-Nissen, Franz Thönnies und Bettina Hagedorn.

der Zuschnitt der Ministerien bekannt ist.

### Viele Arbeitsfelder

Hans-Peter Bartels sieht seinen Schwerpunkt weiter in der Verteidigungspolitik. Haushaltspolitik und Rechnungsprüfung werden von Bettina Hagedorn bearbeitet. Gabriele Hiller-Ohm wird sich weiter den Themen Arbeit, Soziales und Tourismus widmen. Neuling Matthias Ilgen hat Interesse für Wirtschaft und Finanzen ange-

meldet. Birgit Malecha-Nissen sieht ihr Tätigkeitsfeld im Bereich Verkehrsinfrastruktur. Sönke Rix möchte den Themen Familie, Senioren, Frauen und Jugend treu bleiben, Ernst Dieter Rossmann weiter im Ausschuss für Bildung und Forschung arbeiten. Nina Scheer möchte in der Energie- und Umweltpolitik Akzente setzen. Franz Thönnies bleibt bei der Außenpolitik.

Als gewachsene Landesgruppe wollen die neun Ab-

geordneten sich deutlich zu Wort melden. Dazu haben sie vereinbart, das gemeinsame Landesgruppenbüro weiterzuführen.

Die regionale Betreuung wird mit vereinten Kräften deutlich leichter, als in der letzten Wahlperiode. Es gibt nur noch zwei verwaiste Wahlkreise. Flensburg und Schleswig-Flensburg wird Sönke Rix betreuen, Dithmarschen Süd Matthias Ilgen und Steinburg Ernst Dieter Rossmann. ■

## KOALITION NUR MIT POLITIKWECHSEL

Ein Regierungsbündnis mit CDU und CSU ist hoch umstritten. Landesvorsitzender Ralf Stegner nimmt zu den wichtigsten Argumenten Stellung. Die Mitglieder werden entscheiden.

**VORWÄRTS: 70 Prozent der SPD-Mitglieder sind gegen eine große Koalition. Der Parteirat in Schleswig-Holstein und der Parteikonvent in Berlin haben mit großer Mehrheit für Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU gestimmt. Wie geht das zusammen?**

**RALF STEGNER:** Ja, die große Mehrheit unserer Mitglieder steht einer Großen Koalition skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das geht mir nicht anders. Wir haben im Wahlkampf für Rot-Grün gekämpft, ein miserables Wahlergebnis eingefahren und stehen nun vor der Alternative Neuwahlen oder große Koalition. Was erwarten die Wählerinnen und Wähler

jetzt von uns? Sie befürworten zu 60 Prozent eine Große Koalition. Vor allem aber dürfen sie erwarten, dass wir zu unseren Wahlversprechen stehen. Der Maßstab muss der Politikwechsel sein.

### Eine Große Koalition als kleineres Übel?

Nein, eher als Chance und Herausforderung. Beide Gremien haben beschlossen, in Koalitionsverhandlungen einzutreten. Das bedeutet, dass jetzt in Verhandlungen konkret geprüft wird, ob sich Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik mit der Union realisieren lassen: Mindestlohn, Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit, gleicher Lohn für

gleiche Arbeit von Männern und Frauen, Bekämpfung von Altersarmut, Verbesserungen in der Pflege, ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, bessere Finanzausstattung für die Kommunen und Investitionen in die Infrastruktur, Transaktionssteuer.

Schwarz-Gelb ist abgewählt, wir sind nicht die Mehrheitsbeschaffer für Frau Merkel. Die SPD wird nur in eine Regierung mit der Union eintreten, wenn es einen substanziellen Politikwechsel im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Ich werde nicht für eine Große Koalition werben, wenn dies nicht gelingt.

### Aber haben wir nicht längst einen Automatismus zur großen Koalition?

Nein, den haben wir nicht. Denn über den Koalitionsvertrag entscheiden am Ende alle 470.000 Mitglieder der SPD in einer Mitgliederbefra-

gung. Und wenn es keinen substanziellen inhaltlichen Politikwechsel gibt, werden die Verhandlungen schon vorher scheitern.

### Viele Mitglieder lehnen eine Große Koalition ab, egal was inhaltlich dabei raus kommt.

Ja, viele Mitglieder sind in großer Sorge um die Partei und sie erinnern an das Wahldesaster 2009 im Anschluss an vier Jahre große Koalition. Ich nehme diese Sorgen und Befürchtungen sehr ernst. Wer diese Jahre aber Revue passieren lässt, wird feststellen, dass die SPD in der Bundesregierung Entscheidendes geleistet hat: die kompetente Politik Peer Steinbrücks in der damals akut bedrohlichen Finanzkrise, die Sicherung von Arbeitsplätzen durch das Kurzarbeitergeld, das Investitionsprogramm und die Abwrackprämie. Das war unsere Politik, ohne die viele Arbeitsplätze in der Industrie weggebrochen wären.

Leider waren die Jahre 2005 bis 2009 in der SPD auch geprägt von Streitereien, die zum Rücktritt der Parteivorsitzenden Platzeck und Beck geführt haben. Der schlimme innerparteiliche Zustand der SPD hat 2009 ebenso zu der Wahlniederlage geführt wie gebrochene Wahlversprechen. Ich denke an die Rentenpolitik oder die Mehrwertsteuererhöhung.

Ich traue der heutigen SPD-Spitze soviel Teamwork und Geschlossenheit zu, dass wir in den Verhandlungen mit der Union viel erreichen können. Als selbstbewusste politische Kraft müssen wir in einer möglichen Regierung das Gegengewicht für Arbeitnehmerinteressen, für sozial Schwache und für Benachteiligte sein.

Aber wie gesagt: Eine große Koalition gibt es nur, wenn sich mit ihr ein Politikwechsel mit sozialdemokratischen Kernforderungen umsetzen lässt. ■

## NEUES GESICHT FÜR DIE BILDUNGSARBEIT

Hermann Bock (Foto) wird Anfang 2014 die Organisation der Bildungsarbeit beim SPD-Landesverband übernehmen. Seit Oktober wird er von seiner Vorgängerin Elfriede Marx eingearbeitet, bevor sie in den Ruhestand geht. In seinen Aufgabenbereich fallen die eigenen Fortbildungsangebote des Landesverbandes, interne Qualifikationsangebote für die Hauptamtlichen und aktuelle themen- oder wahlkampf-spezifische Workshops. Erreichbar ist er unter 04 31-90 60 6-46, hermann.bock@spd.de.



FOTO: STEFFEN VOSS

## FÜR EINEN KURSWECHSEL IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Liebe Genossinnen und Genossen, die schreckliche Katastrophe vor Lampedusa macht einmal mehr deutlich: Wir brauchen endlich eine Flüchtlingspolitik, die die Würde aller Menschen zum Maßstab und Kompass macht. Denn das, was zum Tod von über 300 Menschen geführt hat, war kein tragisches Unglück, sondern unterlassene Hilfeleistung, für die es keinerlei Rechtfertigung gibt. Die Katastrophe ist die Konsequenz einer Politik von EU und schwarz-gelber Bundesregierung, die sich vor allem auf die Abwehr von Flüchtlingen konzentriert, statt Menschen in Not zu helfen.

Artikel 1 des Grundgesetzes muss Richtschnur für den Umgang mit Flüchtlingen sein, ganz egal, ob Menschen als Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Armutsfüchtlinge nach Europa kommen. Deutschland ist das reichste Land in Europa, und mit unserer Geschichte haben wir allen Grund, mit gutem Beispiel voranzugehen. Konkret heißt das: Wir brauchen in Europa keine Politik, die ausschließ-

lich die Grenzsicherung im Blick hat. Stattdessen brauchen wir eine Regelung für die gesamte EU: Dafür muss entweder die Dublin-II-Richtlinie, die eine reine Grenzsicherungsautomatik hat, geändert werden. Oder aber wir schaffen einen Solidaritätsmechanismus, der eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa bewirkt.

Unsere Hilfe muss aber bereits bei der Bekämpfung der Fluchtursachen ansetzen. Man muss innerhalb der europäischen Union klar und deutlich verlangen, dass europäische Sozialnormen eingehalten und Roma nicht diskriminiert werden, wie zum Beispiel in Ungarn oder Rumänien. Außerdem müssen wir endlich die Millenniumsziele erreichen, also 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe ausgeben, wie schon Willy Brandt gefordert hat. Ich bin überzeugt davon, dass niemand seine Heimat einfach so verlässt, wenn die Situation dort nicht wirklich unerträglich ist.

Als Sozialdemokratie müssen wir uns deshalb klar und deutlich gegen

die vorurteilsbeladene Ausgrenzungsrhetorik der Konservativen stellen. Immer wieder wird zum Beispiel die angebliche Zuwanderung in die Sozialsysteme diffamiert. Ich finde es wichtig, Menschen, die zu uns kommen, so früh wie möglich den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Denn die meisten wollen arbeiten, dürfen es aber nicht. Diese und andere konkrete Forderungen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik habe ich gemeinsam mit anderen in einer Arbeitsgruppe des SPD-Parteivorstands erarbeitet. Lasst uns gemeinsam für einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik kämpfen, der unseren Grundwerten entspricht!

*Herzlich, euer Ralf Stegner*



FOTO: GABY ZIMMERMANN



Da staunten die Passanten: Ein Wahlplakat von 1972 auf dem Markt.

FOTO: F. DIGULLA

## MIT WILLY WERBEN

Jusos zeigten historische Plakate in Einkaufsstraßen.

**D**er Mann mit der Einkaufsstüte stützt, bleibt stehen, geht näher ran. Was macht ein Plakat mit Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 2013? Ein kleiner Aufkleber oben rechts erklärt es.

Die Jusos Segeberg haben im Archiv der deutschen Sozialdemokratie historische Wahlplakate aus der Geschichte der SPD ausgewählt, bestellt und plakatiert. Sechs Wochen lang hingen in Nordstedt und Bad Segeberg Plakate von Kurt Schumacher, Willy Brandt und August Bebel neben den aktuellen Mo-

tiven. Die zeitliche Spanne reichte von 1919 bis 1972.

Frederik Digulla vom Juso Kreisvorstand: „Es ist auffällig wie ähnlich die politischen Forderungen der SPD damals und heute sind. Nach wie vor geht es um gute Arbeit und gerechte Entlohnung, den Kampf gegen Faschismus, die Gleichberechtigung der Frau sowie eine internationale Friedenspolitik. Obwohl wir inzwischen viel erreicht haben, müssen soziale Errungenschaften permanent verteidigt werden, wenn sie von Dauer sein sollen.“

Alle Plakate wurden mit erklärenden Texten versehen, die das Ursprungsjahr und den politisch-historischen Rahmen erklären. ■

### FESTVERANSTALTUNG ZUM 100. GEBURTSTAG WILLY BRANDTS

mit  
EGON BAHR  
THORVALD STOLTENBERG  
BJÖRN ENGHOLM  
MARIANNE TIDICK  
CORNELIE  
SONNTAG-WOLGAST  
RALF STEGNER

22. November, 18 Uhr  
St. Petri Kirche zu Lübeck  
Anmeldung erforderlich  
unter julia.ewoldt@spd.de

### WIR GRATULIEREN IM NOVEMBER

ZUM 98. GEBURTSTAG:  
Alfons Schlütter, Flensburg  
ZUM 97. GEBURTSTAG:  
Albert Pohlmann, Kropp  
ZUM 94. GEBURTSTAG:  
Alwin Albers, Wedel  
Herbert Pianka, Wattenbek  
ZUM 93. GEBURTSTAG:  
Ruth Borkowski, Schacht-Audorf  
Helmuth Ketelsen, Wobbenüll  
Lieselotte Stützer, Heide  
ZUM 92. GEBURTSTAG:  
Renate von Gebhardt, Süsel  
ZUM 91. GEBURTSTAG:  
Helmut Bargmann, Bergenhusen  
Margarethe Grundler, Itzehoe  
Friedhelm Kuhlen, Oeversee  
Annemarie Thiel, Kiel  
ZUM 90. GEBURTSTAG:  
Werner Bruhn, Rabel  
Walter Gruenitz, Oststeinbek  
Uwe Harder, Neumünster  
Sophie Ketelsen, Wobbenüll  
Karl Molkenhien, Kiel  
Hans-Joachim Remmers, Westensee  
Karl Schroeder, Owschlag

### TERMINE

- 5. November, 19 Uhr  
Ordentliche AGS-Landeskonferenz. Kiel, Restaurant Legienhof.
- 6. November, 19 Uhr  
„150 Jahre SPD und ihre Freunde“ mit Michael Sommer, DGB. Kiel, „Mmhio“.
- 16. November, 10 Uhr  
Ordentlicher Kreisparteitag Flensburg. Mit Kristin Alheit. Weiche Huus, Flensburg.
- 24. November, 11 Uhr  
Verleihung Walter-Damm Preis, Kreisverband Pinneberg. Mit Bernd Saxe. Appen, Bürgerhaus.
- 30. November  
AG Selbst Aktiv, Landeskonferenz. Bericht und Ausblick nach einem Jahr AG-SelbstAktiv. Mit: Bundesvorsitzender Karl Finke. Eutin, „Horizonte Ostholstein“, Siemensstraße 19.

## MINDERHEITENBEAUFTRAGTE: POLITIK AUF AUGENHÖHE

Vor 25 Jahren hat der damalige Ministerpräsident Björn Engholm das Amt der Minderheitenbeauftragten eingerichtet.

**M**it der Institution des Minderheitenbeauftragten war Schleswig-Holstein 1988 über die Bundesgrenzen hinweg Vorreiter. Die engagierte Arbeit der bisherigen Beauftragten Kurt Hamer, Kurt

Schulz und Renate Schnack hat zu europaweiter Anerkennung geführt: Minderheiten sind inzwischen auf allen Ebenen Thema.

Die SPD-Landtagsfraktion würdigte das Jubiläum mit einer Veranstaltung am 13. September in Kiel, zu der auch der Präsident des Europa-Parlaments, Martin Schulz, nach Kiel kam.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner betonte die Grundsätze der sozialdemokratischen Minderheitenpolitik. Sie erkenne den Wert der Minderheiten an, stehe in ständigem Dialog mit ihnen, gewähre Schutz und Förderung. Die Mittlerrolle zwischen den nationalen Minderheiten und Volksgruppen, der Mehrheitsbevölkerung und der Politik habe sich bewährt.

### Vorbildfunktion in Europa

Die europäische Bedeutung und Vorbildfunktion der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik machte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, deutlich. Die

schleswig-holsteinischen Minderheitenbeauftragten seien Vorreiter für viele andere. Es sei ein Bestandteil der europäischen Integration, dass Europa immer aus Minderheiten bestehe.

Vor dem Hintergrund der Historie trage Deutschland eine besondere Verantwortung, die von anderen Staaten beobachtet werde. Die Kultur eines Landes messe sich an dem Respekt den es seinen Minderheiten entgegen bringe.

Die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack zeigt Wegmarken der weiteren Minderheitenpolitik auf. Sie betonte dabei den vollen Umfang ihres Zuständigkeitsbereichs, der Minderheiten, Volksgruppen, die Grenzlandarbeit und das Niederdeutsche umfasse.

Alle Redner gaben auch Ihrer Freude über das Landesverfassungsgerichtsurteil Ausdruck, das den Status des SSW als Partei der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und die Ausnahme der Partei von der Fünf-Prozent-Hürde bestätigt hatte. ■

Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein sucht zum 1. Januar 2014

### EINE/N MITARBEITER/IN

für die Geschäftsstellen der SPD-Kreisverbände Nordfriesland (Husum) und Dithmarschen (Heide). Wir erwarten ein hohes Maß an Organisationstalent, Kommunikationsfähigkeit, Engagement und Teamgeist. Strukturiertes Arbeiten, gängige EDV-Kenntnisse und Kenntnisse der Parteistrukturen sind Grundvoraussetzungen.

Die Arbeitszeit beträgt 32 Wochenstunden, je zur Hälfte in den Kreisverbänden Nordfriesland und Dithmarschen. Die Vergütung richtet sich nach dem Haustarifvertrag der SPD Schleswig-Holstein.

Bewerbungen werden erbeten bis zum 20. November 2013 an Landesgeschäftsführer Christian Kröning, Kleiner Kuhberg 28-30, 24113 Kiel, christian.kroening@spd.de

### SEMINARE

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER  
Einführung in die Geschichte der SPD, Programme, Partei- und Organisationsstrukturen, Einblicke in die Kommunalpolitik.

■ 22. bis 24. November 2013  
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente. Kostenbeitrag: 35 Euro (Schüler, Studenten, Arbeitslose zahlen die Hälfte).

■ Anmeldung: Elfriede Marx  
elfriede.marx@spd.de  
Tel. 04 31/9 06 06-26  
Fax 04 31/9 06 06-21

### IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)  
www.spd-sh.de